

***Es gilt das
gesprochene Wort***

**Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten
Dr. Edmund Stoiber am 08.02.2002 vor der
Bundespressekonferenz in Berlin zum Konzept
„Arbeitnehmer entlasten – Vorfahrt für Be-
schäftigung“**

- Anrede –

Wir stellen Ihnen heute einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem flexibleren Arbeitsmarkt vor. CDU und CSU sind davon überzeugt, dass wir diesen Weg gehen müssen, um in Deutschland für mehr Arbeit und Beschäftigung zu sorgen.

Unser Konzept heißt:

Arbeitnehmer entlasten, Vorfahrt für Beschäftigung.

Wir brauchen einen neuen Schub auf dem Arbeitsmarkt: Der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer hat gestern in einem Artikel festgestellt, eine entscheidende Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland ist, dass es keinen funktionierenden Arbeitsmarkt gibt. Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt passen nicht mehr zusammen. Das gilt vor allem für Arbeitsverhältnisse mit kleineren Einkommen.

Wir brauchen mehr Wirtschaftswachstum für mehr Beschäftigung. Aber auch durch mehr Beschäftigung kann ein höheres Wirtschaftswachstum erzielt werden.

Mit unserem Vorschlag soll erstmals wieder die zunehmende Bürokratisierung auf dem Arbeitsmarkt aufgebrochen werden. Um neues Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpotenzial zu erschließen, muss es sich für Arbeitssuchende wieder stärker lohnen, eine Arbeit auch mit kleinerem Einkommen oder eine Nebenbeschäftigung aufzunehmen.

In Deutschland wirken sich vor allem im Einstiegslohnbereich die hohen Sozialabgaben besonders negativ aus. Es bleibt einfach zu wenig im Geldbeutel. Der Abstand zwischen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu kleineren Einkommen ist so gering, dass viele die Aufnahme einer Arbeit als unattraktiv ansehen oder in Schwarzarbeit abwandern. Der Anteil der Schwarzarbeit am Brutto-Inlandsprodukt beträgt inzwischen 16,5 Prozent. Das entspricht 350 Milliarden Euro. An einem Arbeitsmarkt, der Schwarzarbeit in diesem Ausmaß als Ventil benötigt, stimmt etwas nicht. Nebenbeschäftigungen

sind für Arbeitnehmer durch hohe Sozialabgaben und Steuern uninteressant geworden.

Der Arbeitsmarkt leidet nicht nur an dem schwachen Wirtschaftswachstum, das wir derzeit in Deutschland haben, sondern vor allem auch an strukturellen Problemen. Bundeskanzler Schröder erinnert in der Arbeitsmarktpolitik an einen Hausbesitzer, dem es durch das Dach regnet und der statt zu reparieren auf besseres Wetter hofft.

In Deutschland ist inzwischen ein Wirtschaftswachstum von 2,25 Prozent erforderlich, um überhaupt Bewegung auf dem Arbeitsmarkt auszulösen.

CDU und CSU haben in dieser Woche ein modernes Konzept zur Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse erarbeitet. Die Einzelheiten wird Ihnen Kollege Christian Wulff darstellen.

Als erstes wollen wir wesentliche Erleichterungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung einführen. Die Grenze der geringfügigen Beschäftigung soll von 325 Euro auf 400 Euro angehoben werden. Die Sozialversicherungsbeiträge von bisher 22 % werden nicht mehr erhoben.

Nur der Arbeitgeber zahlt nach unserem Vorschlag noch eine Pauschalsteuer in Höhe von 20 Prozent. Der Arbeitnehmer zahlt keine Steuer. Dies gilt auch für geringfügige Nebenbeschäftigungen. Die entstehenden Ausfälle in der Sozialversicherung werden durch einen Bundeszuschuss in Höhe der eingenommenen Pauschalsteuer wieder ausgeglichen.

Durch eine Senkung der Sozialabgaben beim Arbeitnehmer wollen wir in einer zweiten Säule unseres Modells ein neues Beschäftigungspotenzial im Lohnbereich zwischen 400 Euro und 800 Euro erschließen. In diesem Bereich sollen die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitnehmers linear von 0 Prozent auf maximal 20,5 Prozent ansteigen. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber bleiben unverändert. Voraussetzung ist, dass der Arbeitnehmer mindestens 20 Wochenstunden beschäftigt ist. Wir wollen damit Bezieher kleiner Einkommen fördern, nicht aber lukrative gutbezahlte Teilzeitjobs auf geringer Stundenbasis subventionieren. Wir gehen davon aus, dass allein durch diese zweite vorgeschlagene Neuregelung ein zusätzliches Beschäftigungspotenzial von etwa 100.000 Arbeitnehmern aktiviert werden kann. Im

Gegensatz dazu sollen von dem von der Bundesregierung aufgelegten Mainzer Modell lediglich 30.000 Beschäftigte profitieren.

Außerdem beabsichtigen wir, in einer dritten Säule Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in Arbeit zu bringen: Durch eine Kombination aus verstärkten Anreizen zur Arbeitsaufnahme wie zum Beispiel Kombi-Lohnmodelle, durch strukturelle Änderungen wie zum Beispiel die Angleichung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und konsequente Kürzung der Leistung bei Arbeitsverweigerung.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass wir mit unserem Konzept „Arbeitnehmer entlasten – Vorfahrt für Beschäftigte“, das wir Ihnen heute vorstellen, 700.000 bis 800.000 neue Beschäftigungsverhältnisse schaffen können. Die Gesamtkosten für die Umsetzung betragen rund 3 Milliarden Euro. Diese lassen sich erbringen durch Einnahmen aus der Pauschalsteuer, Umschichtungen im Bundeshaushalt und im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit.

Dieses Konzept ist ein erster Schritt, um die Verkrustungen des Arbeitsmarktes aufzubrechen. Sollten CDU und CSU in die Regierungsverant-

wortung gewählt werden, werden wir diese Maßnahmen sofort nach der Wahl auf den Weg bringen. Die vielen Bürger, die dringend darauf warten, dass sich die Arbeiten mit kleineren Einkommen oder Nebenjobs wieder lohnen, können sich darauf verlassen. Weitere Schritte werden folgen. Unser Ziel ist es, Deutschland für die wirtschaftlichen Herausforderungen fit zu machen.